

Der „New Deal“ in Großbritannien Neue Wege in der Beratung Jugendlicher

ERNST DEUER

► **Jugendarbeitslosigkeit ist eine besondere Herausforderung an die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft. Die nationalen Bemühungen zu ihrer Bekämpfung können durch einen kooperativen Austausch und durch „Best practice“-Vergleiche erhebliche Synergiepotenziale für die einzelnen Länder erschließen.**

Die Arbeitslosenquote bei Jugendlichen schwankt im europäischen Vergleich erheblich (z. B. Schweiz und Österreich fünf bis sechs Prozent, Italien 33 Prozent). In Deutschland betrug die Quote fast 9 Prozent und war damit geringer als im europäischen Durchschnitt.¹ Die Bundesregierung hat den besonderen Handlungsbedarf in diesem Bereich erkannt und startete 1999 das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (Jump). Bei der Konzeption orientierte man sich bewusst an den Arbeitsmarktprogrammen in anderen Ländern, insbesondere an dem 1998 aufgelegten „New Deal“ in Großbritannien.

Die Arbeitslosenquote in Großbritannien ist insgesamt niedriger als in der Bundesrepublik; die Jugendarbeitslosigkeit befindet sich dagegen auf noch höherem Niveau, weshalb man schon relativ früh einen akuten Handlungsbedarf in diesem Arbeitsmarktsegment sah und zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik überging. Im Rahmen des „New Deal“-Ansatzes versucht man neue Wege in der Beratung und Hilfestellung für Jugendliche zu gehen. Hieraus resultierte ein fortlaufendes Programm umfassender Reformen des Steuer- und Leistungssystems, um Personen im Sozialleistungsbezug ins Arbeitsleben zurückzuhelfen und Arbeit lohnenswert zu machen.²

Der „New Deal“ zielt in erster Linie darauf, jugendlichen Arbeitslosen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und ihre Chancen auf einen langfristig sicheren Arbeitsplatz zu verbessern.³ Dabei setzt er an der gegebenen Problemlage der Jugendlichen an und baut einen persönlichen, individuellen Beratungskontakt auf. Ein wichtiger Aspekt ist das Suchen eines individuellen Ansatzes der Hilfe für den Jugendlichen und die Kombination mit Maßnahmen, die im Einklang mit der Entwicklung des Einzelnen stehen. Dazu gehört auch, die Jugendlichen zu beobachten und ihnen je nach individuellen Problemen verschiedene Alternativen anzubieten.

Mentoring

Die meisten Jugendlichen haben mehr oder weniger konkrete Vorstellungen über ihren angestrebten Beruf. In vielen Fällen basieren diese jedoch nicht auf detaillierten Kenntnissen über den Beruf bzw. das im (Ausbildungs-)Betrieb vorgefundene Umfeld. Auch die Berufsberatung kann diese Wissenslücke nicht hinreichend schließen. So

Das Gefühl, „verwaltet“ zu werden, führt bei Jugendlichen häufig zu Frust und Zynismus

kritisieren Jugendliche vor allem anderen, dass sie nicht über mögliche negative Seiten des Berufes informiert wurden.⁴ Die Jugendlichen sind durchaus bereit, eigenständig und verantwortlich zu entscheiden; sie benötigen hierfür aber umfassende und vor allem realistische Informationen. Um diesem Bedürfnis Rechnung zu tragen, sieht der „New Deal“-Ansatz ein sog. Mentoring vor. Die Jugendlichen erhalten von ihrem „New Deal“-Berater Kontakt zu Personen vermittelt, die den angestrebten Beruf ausüben oder aus eigener Erfahrung hierüber berichten können. So wird bspw. einer Jugendlichen, die gerne Krankenschwester werden möchte, der Kontakt zu einer praktizierenden Krankenschwester vermittelt, damit sie auf diesem Wege einen Einblick in deren Tätigkeiten und Arbeitsumfeld erhalten kann.

Ermessensfonds für den Berater und Eingliederungshilfen

Das Gefühl, „verwaltet“ zu werden, führt bei den Jugendlichen zu „Frust und Zynismus, sie beziehen Geld, sitzen Lehrgänge ab und verlieren oft Kraft und Zutrauen in die Gesellschaft.“⁵ In vielen Fällen könnte ihnen mit vergleichsweise einfachen und unbürokratischen Mitteln geholfen werden. Es gibt zum Beispiel verschiedene Möglichkeiten, einem Jugendlichen verständlich zu machen, wie er bei einem Vorstellungsgespräch in ordentlicher Kleidung erscheinen soll. Dies kann durch den Besuch geeigneter teurer Seminare vermittelt werden, aber auch durch einen Gutschein, mit dem der Jugendliche die entsprechenden Kleiderstücke kaufen und dann entsprechend nutzen kann. Diese einfache und unbürokratische Maßnahme ist in Deutschland nur sehr schwer vorstellbar, im „New Deal“ ist dies aber bewusst verankert worden. „Advisor Discretion Fund & In Work Benefits“ ermöglichen den Beratern neue Ermessens- und Handlungsspielräume. Bis zu 300 £ (ca. 500 €) kann der zuständige Berater für zusätzliche, im jeweiligen Fall besonders benötigte Unterstützungen zur Ver-

fügung stellen, wobei es sich u. a. um einen Zuschuss zum Erwerb eines Führerscheins, den Einkauf von Werkzeug bzw. angemessener Arbeitskleidung (z. B. Schutzkleidung, Uniform oder Anzug) handelt.

Auf diesem unkonventionellen und bedarfsbezogenen Wege kann die Hilfe für die Jugendlichen dort ansetzen, wo sich die spezifische Problemlage konkretisiert. Darüber

hinaus erleben die Jugendlichen dies als äußerst positive und individuelle Maßnahme, die ihnen nicht das Gefühl gibt, in irgendeine bestehende und zur eigenen Situation nur bedingt passende Maßnahme integriert zu werden.

Post Employment Support

Der konventionelle Beratungsansatz endet dort, wo es dem betroffenen Jugendlichen gelingt, in den (angestrebten) Beruf erfolgreich einzumünden. Dies bedeutet aber zugleich, dass die Anfangsphase im Beruf selbst, in der sich der Jugendliche mit einer Vielzahl von Neuerungen und Schwierigkeiten konfrontiert sieht, nicht abgedeckt ist. „Post Employment Support“ ist

der Versuch, durch systematische Organisation von Nachkontakten diese Nachentscheidungsphase mit zu erfassen. Das ist besonders wichtig, da es nicht nur um die Vermittlung von Arbeits- oder Ausbildungsplätzen geht, sondern um langfristige und nachhaltige Perspektiven.⁶ Die Jugendlichen werden in dieser sensiblen Anfangsphase stabilisiert, da sie spüren, dass sie und ihre Situation wahrgenommen werden und an möglichen Verbesserungen gearbeitet werden kann.

Connexions

Neben dem „New Deal“ gibt es „Connexions“, ein niedrigschwelliges Beratungs- und Hilfsangebot für Jugendliche zwischen dem 13. und 19. Lebensjahr. Hierbei geht es darum, den Jugendlichen eine ansprechende, unbürokratische Anlaufstelle zu bieten. Oftmals kommen die Jugendlichen aus einem ganz anderen Grund in den Büros vorbei und nutzen aber dann die Möglichkeit, ihre Probleme (z. B. in der Schule oder bei der Berufswahl) anzusprechen. Darüber hinaus versuchen die Berater auf die Jugendlichen di-

rekt zuzugehen und sie an deren Plätzen zu treffen. Eine spezielle „Connexions Card“ ermöglicht den Jugendlichen einige Vorzüge (z. B. Preisvorteile im öffentlichen Nahverkehr oder beim Kauf von Büchern) und soll zum weiteren Lernen motivieren und die Verbindung zu Connexions erhalten. Beratung hört nach diesem Konzept nicht auf, wenn ein Jugendlicher eine Ausbildung beginnt, sondern begleitet ihn auch in dieser (oftmals schwierigen) Anfangsphase weiter und ergänzt so die Angebote aus dem „New Deal“-Bereich und ist durchaus mit dem Post Employment Support vergleichbar.

Das Verbesserungspotenzial für die Beratungspraxis in Deutschland

An dieser Stelle kann kein umfassender Systemvergleich der unterschiedlichen Handlungsansätze geleistet werden. Ziel war, einzelne Instrumente vorzustellen, die im Kontext der deutschen Arbeitsverwaltung anwendbar sind und praktizierte Beratungs- und Hilfsangebote positiv ergänzen, wie es inzwischen zum Teil auch schon geschieht.

KUNDENORIENTIERTE SICHTWEISE NOTWENDIG

Die gängigen Beratungsangebote (wie z. B. das Berufsinformationszentrum in den Arbeitsämtern) sind noch immer vorwiegend angebotsorientiert konzipiert und konzentrieren sich auf die Darstellung möglicher Berufsfelder. Besser wäre, von den individuellen Vorstellungen der Jugendlichen auszugehen. Die Möglichkeiten, einen Ansprechpartner in dem gewünschten Berufsfeld zu vermitteln (Mentoring) sowie die individuellen Zuschüsse aus dem Ermessensfonds der Berater sind Ausdruck einer aus Kundensicht organisierten Beratungspraxis.

NIEDRIGSCHWELIGE BERATUNGSKONZEPTE ENTWICKELN

Die Jugendlichen in Deutschland begegnen den staatlichen Institutionen mit überdurchschnittlicher Skepsis, deren Angebote sie als „unproduktiv“ einschätzen.⁷ Somit existiert eine erhebliche Hemmschwelle, die die Jugendlichen überwinden müssen, damit ihnen überhaupt geholfen werden kann. Connexions versucht, durch ein aufsuchendes und begleitendes Konzept die Jugendlichen anzusprechen. Darüber hinaus wird auch die Nachentscheidungsphase (Post Employment Support) mit erfasst, um den Jugendlichen (bspw. in der sensiblen Phase beim Berufsstart) eine Anlaufstelle zu bieten. Derartige Ansätze könnten auch in Deutschland umgesetzt werden. So könnten bspw. Beratungsangebote direkt am Standort der Berufsschule dazu führen, dass die hohe Anzahl von Ausbildungsabbrüchen zurückgeht. Durch eine verbesserte, kundenorientierte Ausrichtung der Beratungsangebote könnten bestehende Hemmschwellen bei den Jugendlichen abgebaut werden. Hiermit steigen zugleich die Chancen, dass den Jugendlichen wirkungsvoll geholfen werden kann. Und hierfür lohnt sich jede Mühe. ■

Anmerkungen

- 1 Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.): Monatsbericht 03. 2002. Berlin 2002, S. 41
- 2 Der Verfasser hatte im Herbst 2002 die Gelegenheit zu einem Forschungsaufenthalt in der britischen Arbeitsverwaltung.
- 3 Drodge, S.; Morgan, W. J.: Entwicklungen und Verlaufsmuster in der beruflichen Bildung und Weiterbildung im Strukturwandel der East Midlands. In: Jahrbuch Arbeit, Bildung, Kultur. Band 19/20, 2001/2002, S. 185–199, hier S. 193 f.
- 4 Marstedt, G.; Müller, R.: Ausbildungsbeschwerden. Bremerhaven 1998, S. 31 f.
- 5 Grottian, P.: Den Umbau der Arbeitsgesellschaft mit Strategien für die Jugend koppeln. In: Groth, C.; Maenning, W.: Strategien gegen Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich. Frankfurt u. a. 2001, S. 47–60, hier S. 54
- 6 Bentley, T.: Der New Deal. In: Deutsch-britische Konferenz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Handeln für Arbeit und Ausbildung. Bremen 1999, S. 6–10, hier S. 10
- 7 Kieselbach, T.; Beelmann, G.: Arbeitslosigkeit als Risiko sozialer Ausgrenzung bei Jugendlichen in Europa. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2003 (B6-7), S. 32–39, hier S. 35